

Darabos: Bereich Asyl weg vom Innenministerium

Bereich sei "überall besser aufgehoben". Start der Verteilerzentren



© Bild: Krumpendorf: FOTO: APA/GERT
EGGENBERGER

Mit Montag beginnt ein neues Kapitel im österreichischen Asylwesen. Die [Verteilerzentren, die eine deutlich bessere regionale Aufteilung bringen sollen](#), starten. Unterdessen hat der burgenländische

Soziallandesrat Norbert Darabos bei einer Pressekonferenz Landeshauptmann Hans Niessl zum Thema Asyl den Rücken gestärkt. Niessl hatte in einem Interview gesagt, Integrationsminister Sebastian Kurz solle sich um das Asylwesen kümmern. Der Bereich Asyl sei "überall besser aufgehoben als im Innenministerium", sagte Darabos. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) schließt unterdessen den Asylnotstand nicht mehr aus.

Niessl meinte in der Montagsausgabe des "Standard", man dürfe Asyl- und Sicherheitsfragen nicht vermischen. Kurz könnte sich außerdem auch gleich darum kümmern, "dass die Rückführung von Wirtschaftsflüchtlings tatsächlich erfolgt". Die SPÖ Oberösterreich trat am vergangenen Donnerstag hingegen dafür ein, die Zuständigkeit für das Thema Asyl an das Sozialministerium zu übertragen. Auch das sei Darabos zufolge möglich und besser als im Innenministerium.

Der Soziallandesrat, der nun etwa eineinhalb Wochen im Amt ist, weiß, "das ist kein Thema, mit dem man sympathisch punkten kann. Aber für mich als Sozialdemokrat - und ich möchte das schon betonen - ist es ganz wichtig, hier auch menschenwürdig vorzugehen und dafür zu sorgen, dass das Burgenland seinen Beitrag leistet, diese Problematik operativ auch in den Griff zu bekommen. Es geht hier um Menschlichkeit und auch um gesellschaftliche Akzeptanz". Er wiederholte, dass man im Burgenland Kleinquartiere schaffen wolle und erklärte, dass die von Niessl vorgeschlagene Ein-Prozent-Grenze für Gemeinden aus seiner Sicht "eine akzeptable" sei.

Neue Verteilerzentren in Tirol, Steiermark, Kärnten

Bei den gesamt sieben Verteilerzentren sind einige alte Bekannte dabei, allen voran Traiskirchen. Neben der weiter bestehenden Erstaufnahmestelle kommt jetzt auch noch das Verteilerquartier hinzu, wodurch die eigentlich angestrebte "Entlastung" der Gemeinde geringer ausfallen dürfte als erhofft. Einen anderen Weg geht Oberösterreich, wo zwar die Erstaufnahmestelle in Thalham bleibt, dafür das zweite größere Bundesquartier im Land, jenes in Bad Kreuzen, zum Verteilerzentrum wird.

Seit einigen Monaten schon als Flüchtlingsunterkunft dienen auch das ehemalige Nobelhotel "Kobenzl" in Salzburg am Gaisberg sowie eine Einrichtung in Wien Alsergrund (Nußdorferstraße). Gänzlich neu sind nur die Verteilerzentren in Tirol, der Steiermark und in Kärnten. In Innsbruck ist eine Containerstadt vorgesehen, [in Fehring wird die örtliche](#)

[Kaserne neu genutzt](#) und in Kärnten soll ein ehemaliges Erholungsheim für Blinde und Sehbehinderte in Ossiach zum Verteilerzentrum werden.



© APA/NEUMAYR/MMV Das ehemalige Nobelhotel "Kobenzl" in Salzburg

Neben lokalem Widerstand macht hier vorerst Probleme, dass noch Sanierungsarbeiten nach Vandalismus-Akten aus früheren Zeiten durchzuführen sind. Bis diese abgeschlossen sind, dient die erst jüngst errichtete Zeltstadt in Krumpendorf am Wörthersee als Verteilerzentrum, erklärte der zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, Gernot Maier, bei einem Hintergrundgespräch. Dass es zu längeren Verzögerungen bis Richtung Winter durch rechtliche Einsprüche gegen das Quartier in Ossiach kommen könnte, glaubt man im Innenressort nicht.

Gestartet wird das Projekt Verteilerzentren mit Montag in Etappen, da das Innenministerium die Öffnung begleitet.

Immerhin gilt es, eine der größten Systemänderungen im österreichischen Asylwesen überhaupt umzusetzen.

Entlastung für Erstaufnahmestellen

Hauptprofiteure sollten die beiden Erstaufnahmestellen sein. Denn künftig wird nicht mehr jeder Flüchtling in sie gebracht, sondern in erster Linie jene, bei denen es sich um so genannte "Dublin"-Fälle handelt, also Asylwerber, für deren Verfahren ein anderer Staat zuständig ist. Zudem werden unbegleitete Minderjährige in Traiskirchen und Thalham betreut.

Für alle anderen geht es fürs erste zu einer der neu eingerichteten Polizei-Schwerpunktstellen in der Nähe des Orts, wo die Flüchtlinge aufgegriffen wurden bzw. um Asyl angesucht haben. Diese erledigen Erstbefragung über den Fluchtweg und Fingerabdruck-Abnahme plus internationalem Datenabgleich, ob nicht in einem anderen Staat schon ein Asylverfahren für die Person läuft. Die Daten werden ans Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen weitergeleitet. Dieses schickt den Asylwerber dann in die für ihn passende Einrichtung.



© APA/HERBERT NEUBAUER Die Bundesbetreuungsstelle in Wien Alsergrund wird zu einem Verteilerzentrum umfunktioniert

Wo die Asylwerber hinkommen, entscheidet sich zunächst danach, ob Österreich überhaupt für sie zuständig ist. Ist das der Fall, werden sie einem Verteilerzentrum zugeteilt.

Asylwerber reisen künftig selbstständig

Neu ist hier, dass sie nach der Erstbefragung nicht mehr als festgenommen gelten, sondern selbstständig zu ihrem Verteilerzentrum reisen sollen. Sie bekommen also quasi eine

Fahrkarte in die Hand gedrückt. Einzig für Personen, denen der selbstständige Transport nicht zugetraut wird oder nicht zugemutet werden kann (etwa Hochschwangere), wird die Reise von der Behörde organisiert.

Im Normalfall werden die Flüchtlinge wohl ins Verteilerzentrum jenes Landes kommen, in dem sie aufgegriffen wurden. Sprechen aber Gründe dagegen, etwa, dass das Quartier überfüllt ist oder eine sehr große Gruppe gemeinsam aufgegriffen wird, kann auch ein Verteilerzentrum in einem anderen Land bestimmt werden.

Erstes Verteilerzentrum muss nicht letztes bleiben

Dort angekommen, wird der Flüchtling medizinisch gecheckt, in erster Linie mit einem Lungen-Röntgen, zudem mit Kleidung, Toiletteartikeln und - wenn nötig - Medikamenten versorgt. Innerhalb von 48 Stunden könnte die Reise dann schon weiter gehen. Denn das erste Verteilerzentrum muss nicht das letzte bleiben.



© APA/GERT EGGENBERGER Das Verteilerzentrum in Ossiach wird erst später eröffnet

Vielmehr wird gecheckt, welches Bundesland mit den Quoten nachhinkt. Dieses ist dann erster Ansprechpartner für neue Flüchtlinge. Somit kann es einem Asylwerber z.B. passieren, dass er zunächst in Wien landet, dann aber nach

Krumpendorf bzw. Ossiach geschickt wird, wenn Kärnten seine Vorgaben nicht erfüllt.

Sobald der Flüchtling im beschriebenen Fall in Kärnten angekommen ist, ist das Bundesland auch für seine Betreuung zuständig. Das heißt, es liegt an den lokalen Behörden, wie lange er im Verteilerzentrum bleiben muss, nämlich so lange, bis ein alternatives Quartier frei ist. Im Innenministerium geht man davon aus, dass der Aufenthalt in den Verteilerquartieren zwei bis drei Wochen nicht übersteigen wird. In den Erstaufnahmestellen liegt man derzeit bei 30 Tagen Verweildauer, was das Ministerium damit begründet, dass die Dublin-Fälle in der Regel überdurchschnittlich lange in Traiskirchen und Thalham bleiben müssen, ehe sie vom zuständigen Staat übernommen werden.

Gerechtere Aufteilung, keine Besserung

Um Missverständnissen vorzubeugen, betont Wolfgang Taucher, Leiter des Bundesamts für Asyl und Fremdenwesen, dass mit den Verteilerzentren alleine keine Besserung der Quartier-Situation gegeben wäre. Vielmehr gehe es um eine gerechtere Aufteilung als bisher; und die zu erreichen, ist man im Innenministerium sicher. Denn wenn ein Bundesland keine Quartiere zur Verfügung stellt, obwohl dies von der Quote her notwendig wäre, wird der Bund einspringen und eigene Einrichtungen bilden. Allzu viel Zeit zum Zögern lässt man den Ländern dabei nicht: "Lange werden wir uns das nicht anschauen", versichert Abteilungsleiter Gernot Maier.

Erfahrung mit Bundesquartieren hat man im Ministerium ja mittlerweile genug. Neben Einrichtungen für Gruppen mit besonderen Bedürfnissen, etwa einer in Reichenau für unbegleitete Minderjährige oder einer in Gallspach für Behinderte, wurden in den

vergangenen Monaten neben den Notquartieren wie Zelten und Turnsälen auch größere Einheiten wie in Fieberbrunn oder Wien-Erdberg von Seiten des Bunds neu etabliert.

Standorte der Asyl-Verteilerzentren



Schmitt

Mikl-Leitner droht mit Asylnotstand

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hat am Montag nicht ausgeschlossen, dass Österreich in den kommenden Monaten - ähnlich wie Griechenland - den Asylnotstand ausrufen könnte. Vor Beginn der Sondertagung der EU-Innenminister in Brüssel kündigte Mikl-Leitner auch an, mit einer Nullquote in die Debatte um die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen zu gehen.

Österreich könne sich aber eine Beteiligung bei der "Relocation"-Quote unter zwei Bedingungen vorstellen. "Erstens, wenn die Länder mehr belastet sind als Österreich, und zum zweiten, wenn diese Länder auch ihre Verantwortung wahrnehmen - wie eben die Registrierung der Flüchtlinge", sagte Mikl-Leitner erneut. Beides sehe sie aber sowohl bei Italien als auch bei Griechenland nicht.

"Derzeit bewerkstelligt Österreich genauso viele Asylanträge wie Griechenland und Italien zusammen. Wenn man das umlegt auf die Einwohnerzahl, heißt das, dass Österreich nahezu zehn Mal so viele Asylanträge bewerkstelligt wie Griechenland und Italien zusammen. Und das kann wohl nicht gerecht sein", so Mikl-Leitner.